

Insolvenzwelle in Schleswig-Holstein: 833 Unternehmen in Not!

Trockenheit, Insolvenzen und neues Wohnprojekt prägen Ostholstein im März 2025. Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen im Überblick.



Ostholstein, Deutschland - Die Landwirtschaft in Ostholstein steht unter Druck. Laut **LN Online** ist im ersten Quartal 2025 kaum Niederschlag gefallen, was die Landwirte vor große Herausforderungen stellt. Wetter-Experte Meeno Schrader bezeichnet die Regenmenge als „lächerlich gering“. Die Landwirte warten dringend auf Regen, insbesondere für frisch gesäte Pflanzen wie Hafer, Sommergerste und Ackerbohnen. Die Wetterprognose deutet darauf hin, dass sich die Situation in den nächsten 14 Tagen nicht bessern wird.

Ein weiterer besorgniserregender Trend zeigt sich in der wirtschaftlichen Lage Schleswig-Holsteins. Im Jahr 2024 wurden insgesamt 833 Insolvenzen verzeichnet, die 6.840 Arbeitnehmer

betroffen haben. Unternehmen mussten Schulden von insgesamt 603 Millionen Euro gegenüber ihren Gläubigern abtragen. Die Unternehmensverbände fordern dringend Erleichterungen bei Investitionen und einen Abbau bürokratischer Hürden. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in weiteren Recherchen wider, die auf einen allgemeinen Anstieg der Insolvenzen in Schleswig-Holstein hinweisen. Wie **NDR** berichtet, hat sich die Zahl der Insolvenzen im Baugewerbe zwischen Januar und September 2024 um 25 % erhöht. Das Gastgewerbe sieht einen Anstieg von 23 %, während im verarbeitenden Gewerbe sogar ein Anstieg von 50 % zu verzeichnen ist.

Herausforderungen für die Wirtschaft

Die wirtschaftliche Unsicherheit in Schleswig-Holstein wird von Experten als Hauptursache für die Insolvenzen genannt. Insolvenzverwalter berichten von Schwierigkeiten, Investoren zu finden, und betonen, dass die mangelnde Planungssicherheit ein zentrales Problem darstellt. Steigende Kreditzinsen und politische Rahmenbedingungen tragen zusätzlich zur Unsicherheit bei. Die Entwicklung hat auch zur steigenden Arbeitslosigkeit in der Region beigetragen, mit einem Wert von 5,9 % im Dezember 2024, was einen Anstieg im Vergleich zu 5,6 % im Jahr 2023 darstellt.

Die wirtschaftlichen Herausforderungen sind zudem durch die Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie verschärft, die zuvor einige Insolvenzen verringert hatte. Unternehmerverbände fordern von der neuen Bundesregierung eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik, um die Unternehmen zu entlasten und neue Impulse zu setzen.

Details	
Vorfall	Insolvenz
Ort	Ostholstein, Deutschland

Details	
Schaden in €	603000000
Quellen	• www.ln-online.de • www.ndr.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de